



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 27. Sitzung

am Donnerstag, dem 30. März 2023, 11 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Lars Harms (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Hauke Hansen (CDU)

Rixa Kleinschmit (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Zustimmung zur Umwidmung und Bereitstellung von Mitteln für die Förderung des Projekts Campus 100-II des Instituts für die Transformation des Energiesystems (ITE) der Fachhochschule Westküste	5
Vorlage des Wissenschaftsministeriums Umdruck 20/1156	
2. Antrag auf Einwilligung des Finanzausschusses in die Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan 11 (Ukraine-Nothilfemittel) in den Einzelplan 07 für den Schulbereich	6
Vorlage des Bildungsministeriums Umdruck 20/1150	
3. Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan 11 sowie Schaffung von Stellen für die befristete Einstellung von zusätzlichem Personal im LaZuF	8
Vorlage des Sozialministeriums Umdruck 20/1168	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung eines gemeinsamen Tilgungsplans für die zur Bekämpfung der SARS-CoV-2/COVID19-Pandemie sowie zur Abfederung der finanziellen Herausforderungen in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gemäß Artikel 61 Absatz 3 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein erfolgten Überschreitungen der zulässigen Kreditaufnahme	9
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/734	
5. Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2022 bis 2026 Fortschreibung der Finanzplanung bis 2031	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 20/764	
6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein	11
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 20/812	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Umdruck 20/1163	

7.	Information/Kenntnisnahme	12
	Umdruck 20/1083 – STAFF-Kurse	
	Umdruck 20/1100 – Vorläufiger Haushaltsabschluss 2022	
	Umdruck 20/1123 – Ankauf der Liegenschaft Finanzamt Plön	
	Umdruck 20/1124 – Lehrermäßigungen für Fachhochschulprofessoren	
	Umdruck 20/1131 – Kofinanzierung Deutschland-Ticket	
	Umdruck 20/1145 – beabsichtigte Veräußerung einer Grundstücksfläche in Kiel	
	Umdruck 20/1151 – Panama Papers	
	Umdruck 20/1161 – Erhaltungsstrategie Landesstraßen	
8.	Terminplanung	13
	Umdruck 20/1192	
9.	Verschiedenes	14

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, eröffnet die Sitzung um 11 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Zustimmung zur Umwidmung und Bereitstellung von Mitteln für die Förderung des Projekts Campus 100-II des Instituts für die Transformation des Energiesystems (ITE) der Fachhochschule Westküste

Vorlage des Wissenschaftsministeriums
[Umdruck 20/1156](#)

Wissenschaftsstaatssekretär Wendt führt in die Vorlage ein.

Frau Seemann, Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs, problematisiert die nachhaltige Finanzierung des Instituts für die Transformation des Energiesystems und fragt, wie viel Mitarbeitende aus dem Grundhaushalt der Fachhochschule Westküste finanziert würden.

Staatssekretär Wendt antwortet, Ziel sei, bis 2026 eine langfristige Finanzierung zusammen mit der Hochschule im Rahmen der Ziel- und Leistungsvereinbarungen auf den Weg zu bringen. Mitarbeitende würden zum Teil aus dem Grundhaushalt der Fachhochschule finanziert, insbesondere die beteiligten Professuren.

Herr Dr. Roß, Referatsleiter in der Wissenschaftsabteilung des Wissenschaftsministeriums, ergänzt, an den Fachhochschulen seien forschende Mittelbauten zu etablieren.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Zustimmung.

**2. Antrag auf Einwilligung des Finanzausschusses in die Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan 11 (Ukraine-Not-
hilfemittel) in den Einzelplan 07 für den Schulbereich**

Vorlage des Bildungsministeriums
[Umdruck 20/1150](#)

Staatssekretär Wendt führt in die Vorlage ein.

Abgeordnete Raudies äußert, sie empfinde es als Frechheit, dass die Landesregierung eine Woche nach Verabschiedung des Landeshaushalts mit dieser Beschlussvorlage an den Finanzausschuss herantrete.

Staatssekretär Wendt macht darauf aufmerksam, dass in den vergangenen Tagen, Wochen und Monaten ein intensiver Austausch mit allen Beteiligten stattgefunden habe, um in diesen volatilen Zeiten eine möglichst stabile Datenlage als Entscheidungsgrundlage zu erhalten.

Abgeordnete Herdejürgen weist darauf hin, dass das Auslaufen des Vertrags zum Schul-Dashboard feststehe und die Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden zur Schulsozialarbeit vom 26. September 2022 stamme. Daher verstehe sie nicht, dass das Bildungsministerium den Mittelbedarf nicht in die Nachschiebeliste aufgenommen habe.

Staatssekretär Wendt teilt mit, dass die Gespräche mit Dataport zum Dashboard Zeit in Anspruch genommen hätten und die bisherigen Erfahrungen ausgewertet worden und in die Anpassung eingeflossen seien.

Abgeordnete Krämer wundert sich über die Höhe der Kosten für das Schul-Dashboard. – Staatssekretär Wendt sagt zu, dem Finanzausschuss die Kostenkalkulation von Dataport für das Schul-Dashboard schriftlich darzustellen.

Vizepräsidentin Seemann wiederholt die Kritik des Rechnungshofs, dass die Mehrheit der Ressorts bei der Berechnung der Personalkosten nach wie vor einen Wert von 50.000 Euro je Planstelle und Jahr ansetze.

Finanzstaatssekretär Rabe bestätigt, die Landesregierung habe sich verständigt, mit einem Ansatz von 50.000 Euro je Planstelle und Jahr zu rechnen.

Abgeordnete Raudies plädiert dafür, die Kalkulation von 50.000 Euro je Planstelle und Jahr im Sinne von Haushaltswahrheit und -klarheit anzupassen.

Abgeordneter Petersdotter bittet die Landesregierung, die für die Erarbeitung von Beschlussvorlagen teilweise viel Zeit benötige, insbesondere wenn Externe einbezogen werden müssten, dem Finanzausschuss eine angemessene Beratungszeit zu ermöglichen und nicht in jedem Fall eine sofortige Ausschussentscheidung zu erwarten.

Staatssekretär Wendt bittet um Verständnis, dass der Antrag erst jetzt habe vorgelegt werden können. Es sei eine große Herausforderung für alle Beteiligten und erfordere viel Abstimmungsbedarf, verlässliche Daten zu gewinnen. Das gelte insbesondere für die Beschulung ukrainischer Schülerinnen und Schüler.

Staatssekretär Rabe äußert abschließend, man habe in die Nachschiebeliste alle Maßnahmen aufgenommen, die zu dem Zeitpunkt veranschlagungsreif gewesen seien. Auch dem Finanzministerium sei daran gelegen, dass Vorlagen der Fachministerien mit ausreichend Zeit beraten werden könnten.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Zustimmung.

3. Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan 11 sowie Schaffung von Stellen für die befristete Einstellung von zusätzlichem Personal im LaZuF

Vorlage des Sozialministeriums

[Umdruck 20/1168](#)

Sozialstaatssekretärin Samadzade führt in die Vorlage ein. Auf eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen antwortet sie, die Option Glückstadt werde genutzt, wenn in den Kommunen und den Landesunterkünften nicht mehr genügend Plätze für Flüchtlinge zur Verfügung stünden (Stufe 3 der Vereinbarung mit den Kommunen). Die Flüchtlingsunterkunft in Glückstadt könnte mit einem Vorlauf von sechs Wochen einsatzbereit sein. Zurzeit seien in den Landesunterkünften noch 2.000 Plätze frei. Auf Wunsch der Abgeordneten Raudies sagt sie zu, dem Finanzausschuss die Vereinbarung mit den Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen inklusive der vorgesehenen Kostenaufteilung zuzuleiten.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Zustimmung.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung eines gemeinsamen Tilgungsplans für die zur Bekämpfung der SARS-CoV-2/COVID19-Pandemie sowie zur Abfederung der finanziellen Herausforderungen in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gemäß Artikel 61 Absatz 3 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein erfolgten Überschreitungen der zulässigen Kreditaufnahme

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 20/734](#)

(überwiesen am 22. März 2023)

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass in § 1 Nummer 3 des Gesetzentwurfs die Angabe „98. Plenarsitzung“ durch die Angabe „11. Plenarsitzung“ ersetzt werden müsse.

Abgeordnete Krämer hält die Tilgungsdauer für zu lang.

Abgeordnete Raudies bittet die Landesregierung, schriftlich darzustellen, wie sie den Umfang der zu tilgenden Kredite ermittelt habe. Sie problematisiert die in § 4 des Gesetzentwurfs vorgesehene Höhe und Dynamisierung der Tilgung und bittet den Wissenschaftlichen Dienst zu prüfen, ob eine einfache Landtagsmehrheit für die Verabschiedung des Tilgungsgesetzes ausreiche, das ja Beschlüsse zu den Notkrediten ändere, die der Landtag mit Zweidrittelmehrheit herbeigeführt habe.

Staatssekretär Rabe weist darauf hin, dass die Tilgungsbeträge in Drucksache 20/431 (neu) – 2. Fassung festgelegt seien.

Die Beratung über den Gesetzentwurf soll im Mai 2023 fortgesetzt werden.

**5. Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2022 bis 2026
Fortschreibung der Finanzplanung bis 2031**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 20/764](#)

(überwiesen am 22. März 2023 zur abschließenden Beratung)

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/812](#)

(überwiesen am 23. März 2023 an den **Finanzausschuss**, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 20/1163](#)

Auf Antrag der FDP beschließt der Finanzausschuss einstimmig, bis Ende April 2023 schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 4. April 2023 Anzuhörende zu benennen.

7. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 20/1083](#) – STAFF-Kurse

[Umdruck 20/1100](#) – Vorläufiger Haushaltsabschluss 2022

[Umdruck 20/1123](#) – Ankauf der Liegenschaft Finanzamt Plön

[Umdruck 20/1124](#) – Lehrermäßigungen für Fachhochschulprofessoren

[Umdruck 20/1131](#) – Kofinanzierung Deutschland-Ticket

[Umdruck 20/1145](#) – beabsichtigte Veräußerung einer Grundstücksfläche in Kiel

[Umdruck 20/1151](#) – Panama Papers

[Umdruck 20/1161](#) – Erhaltungsstrategie Landesstraßen

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Umdruck 20/1123 erwidert Staatssekretär Rabe, bei dem beabsichtigten Erwerb der Liegenschaft gehe es darum, einen wirtschaftlichen Vorteil zu nutzen. Unabhängig davon sei die Debatte, inwieweit das Finanzamt Plön in Zukunft weniger Bürofläche nutzen werde, noch zu führen.

Zu Umdruck 20/1131 kritisiert Abgeordnete Raudies, dass das Wirtschaftsministerium die erbetene Information erst nach Verabschiedung des Landeshaushalts vorgelegt habe.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

8. Terminplanung

[Umdruck 20/1192](#)

Bei Enthaltung der SPD beschließt der Finanzausschuss die Termine für das Jahr 2023 (Umdruck 20/1192). Die Haushaltsberatungen finden gemeinsam mit den betroffenen Fachausschüssen am 29. und 30. November sowie am 4. Dezember 2023 statt.

9. Verschiedenes

- a) Staatssekretär Rabe teilt mit, dass in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Haushalt 2023 die A-14-Planstelle für die „Umsetzung AMI-Flü-Programm/Förderung der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter sowie für die Fachkräftegewinnung“ sowohl auf Seite 359 bei Kapitel 0401 (versehentlich) als auch auf Seite 372 bei Kapitel 0601 (korrekt) im Stellenplan neu ausgewiesen worden sei. Das Finanzministerium habe die versehentlich erfasste Planstelle im Stellenplan des Kapitels 0401 gelöscht, da hier ein offensichtliches Versehen der Verwaltung vorliege, und das MIWKS entsprechend informiert. – Der Finanzausschuss hat keine Bedenken gegen dieses Vorgehen.
- b) Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 27. April 2023 statt.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Lars Harms
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer